

zufügen. Mit solcher Weisheit kann man den atindischen, ägyptischen und jeden beliebigen Gewalt-Despoten- und Kastenstaat verteidigen. Unsere Herren Gegner werden gut thun, solchen Ausplauderern ihrer Geheimnisse — wenn sie diese Kannibaleneiweißheit zu der ihren machen — etwas mehr auf die Finger und die Fiebern zu sehen!

Dieses Doktor-Giftpar-Rezept des Straferrisen nennt dieser Frontirtreuer nach der Juristensprache einen „Gezetz der Notwehr“; — sein ganzer Artikel ist ein Gezetz der bleichen Furzt und der bodenlosten Unwissenheit! Nach solchen Ausführungen, die ihm wahrscheinlich selber nach erneutem Durchlesen zu grotesk erschienen, schreibt er freilich: „Wollte das Bürgertum frivolo sein, müßte es solche „Abrechnungen“ herbeiwünschen — und warum? Man höre weiter: „weil die damit gegen die Sozialisten zweifellos verbundenen weitgehenden Repressivmaßregeln (hört! hört! Die alte Sehnsucht, die alte Liebe zu Ausnahmeregeln!) dem Bürgertum für seine „Kulturarbeit“ auf lange Zeit hinaus Ruhe und ungefährten Fortgang sichern würden!“

Man glaubt wirklich, das Bürgertum brauche zu seiner Kulturarbeit mittelalterliche Barbarei und Bevorrechtungen! Die Verleumdung gegen Bebel, der schärfere Ausnahmegelehrte nicht außerhalb des Rahmens der Möglichkeit hielte — notabene wenn unsere Gegner wirklich an unheilbarer Verblendung leiden! — weil er „seine Kappenheimer und ihre anarchisistischen Gelüste kenne“, wollen wir auf sich beruhen lassen.

Folgt noch eine Herunterpöbelung des halleischen Parteitag und eine Selbstbeweihräucherung des Vertreters der edlen, guten, kulturbildigen Bourgeoisie und ihre „auf Gemeinsinn und Nächstenliebe beruhenden Tugenden.“

Und was stellt sich der Herr St. für seine Person für ein Zeugnis aus? Natürlich Eins A mit Stern! Es ist das schöne Redt de s geistig Höherstehenden (!), auch in Zeiten der Verblömmung den Kopf hoch zu tragen und entschlossen zu thun, was Pflicht und Gewissen vorschreiben. Und niemand kann in Frieden in Behaglichkeit dahinschlafen, wenn es dem bösen Nachbar (dem Sozialdemokraten!) nicht gefällt.“ Darum habe er „den Schmolzwinkel verlassen“ zu müssen glaubt. Berufspolitiker und Partioffiziere könnten „tatsächliche Rücksichten nehmen“, er, der einfache Troupier (gemeiner Vintendofant) habe das Recht „goldener Rücksichtlosigkeit“.

Unter Troupier erscheint uns mehr als ein Marodebruder oder gartender Landsknecht; die Offiziere seiner Partei haben alle Ursache zu rufen, daß „Gott sie vor ihren Freunden schützen möge!“ Solch brutale Sprache des blinden Hasses und der noch blinderen Unwissenheit in sozialpolitischen Dingen wird und muß ihrer Sache entschieden schaden.

Als Zeichen der Zeit und zur Klärung der Lage ist uns aber auch dieser Troupier und sein kannibalisches Geschreibsel interessant gewesen.

Die Sozialdemokratie hat Ursache sich bei Herrn St. verbindlich zu bedanken; diese „Bekanntnisse einer schönen Seele“ sind uns wirklich unschätzbar in ihrer „goldenen Rücksichtlosigkeit“.

Politische Abergläubigkeit.

— Die Reichstagsfraktionen haben zur Zeit folgende Stärke: Deutsch-Konservative 70, Reichspartei 19, Zentrum 113, Polen 16, Nationalliberale 41, Deutsch-Freisinnige 65, Volkspartei 10, Sozialdemokraten 35, Fraktionslose 27.

welcher Prophet oder Psychologe würde es mit Bestimmtheit zu behaupten wagen, daß sie nicht, von kundiger Hand entsprechend gestimmt und von einem edlen Gefühle mit zauberlicher Macht angeschlagen, in einer herrlichen Hymne, in einer wunderbaren Melodie erklingen wären oder eine That der Welt verurteilt haben würde? Jetzt freilich war diese Möglichkeit verschwunden. Und dieser hübsche, kräftige Burche, der für die Menschheit und für alles Schöne, Edle und Erhabene dieser Welt verloren war, er war erst neunzehn Jahre alt!

— Nach Hause zurückgekehrt, schloß ich mich, ohne die Lampe anzuzünden, in mein Arbeitszimmer und sann, den Kopf auf die Hand gestützt, wohl ein paar Stunden über die großen Rätsel von Schuld und Buße nach, die von der Menschheit so langsam nur und so mühsam gelöst werden. — Dunkel war es in meinem einsamen Gemach, und in dem Dunkel, das mich umgab, stand wie verzaubert beständig Rodenfelds vor meinen Augen. Ich hatte seine aufrichtige und rührende tiefe Bekenntnisse, ich war in dem Hause seiner Kindheit und der ersten Jugend gewesen, ich kannte auch die Hände, welche in die Laufbahn Gerhard's eingegriffen, und wußte, inwiefern sein Schicksal von der Natur bedingt und in welchem Maße es durch Menschen beeinflusst war. Eine heftige Empörung und ein hebrer Jörn ergriff mich bei dem Gedanken an diese sinnlosen Eltern, welche ihr Leben in leichtsinniger Kurzwelt vergebend, von Vorurteilen geleitet, ohne

— Militärausgaben und kein Ende! Die „Volks-Ztg.“ schreibt: An tüchtige Forderungen für unser Heereswesen waren wir immer gewöhnt. Aber das, was seit dem Jahre 1887 uns zugemutet wird, übersteigt doch allmählich das erträgliche Maß. Im Etatsjahre 1887/88 wurden an einmaligen Ausgaben bewilligt: 182 Millionen; 1888/89: 202 Millionen; 1889/90: 103 Millionen und 1890/91: 340 Millionen. Das macht in Summa: 827 Millionen im Zeitraum von vier Jahren. Daneben erhöheten sich die ordentlichen regelmäßigen Ausgaben ebenfalls um 36 Millionen. Und nun werden, wie von allen Seiten bestätigt wird, neue 50 Millionen gefordert, nachdem erst vor einem halben Jahre die ungeheure Summe von 340 Millionen bewilligt war. Woher so plötzlich und so überraschend die neuen kostspieligen Ideen kommen, ist für den beschränkten Unterthanenverstand nicht recht erkennbar. Aber so viel ist ihm erkennbar, daß allmählich das Geld zur Befriedigung der militärischen Pläne mangelt wird. Der Mißerfolg der letzten Reichsanleihe redete eine deutliche Sprache.

— Die „Freie Ztg.“ schreibt: Professor Robert Koch hat, wie die „Nat.-Ztg.“ hört, die Annahmen einer Dotation als äußeres Zeichen der nationalen Anerkennung abgelehnt. — Das gericht dem Manne doppelt zur Ehr in einer Zeit, in welcher Fürst Bismarck solche Dotationen nicht nur wiederholt angenommen hat, sondern auch noch zur Grundlage von Anträgen gemacht hat, um sich der gesetzlichen Steuerpflicht für den Betrag derselben zu entziehen.

— Im Reichstagswahlkreise Schlochau-Platom, in welchem eine Nachwahl stattgefunden hat und die Agitation in vollem Gange ist, hatten die Freisinnigen eine Verammlung einberufen und den Zutritt von ausgegebenen Karten abhängig gemacht — um Ruhestörer fernzuhalten. Es hatten sich aber trotzdem eine Anzahl solcher Elemente — d. h. nicht etwa Sozialdemokraten, sondern Konservative — eingefunden, an welche der Einberufer, ein Pfarrer Wellmig, sowie der Landtagsabgeordnete Reutrich die Aufforderung richtete, den Saal zu verlassen. Da diese wiederholte Aufforderung an die Störenfriede unberücksichtigt blieb, drohten die Einberufer, von ihrem Hausrecht Gebrauch machen zu wollen. Das paßte aber dem ebenfalls ohne Karte und — wie wir annehmen, als Gast (denn die Verammlung wurde überhaupt vom Gemeindevorsteher) anwesenden Herrn Landrat nicht, er erklärte vielmehr, er müsse die Verammlung auflösen. Sofort sprang der Gemeindevorsteher, welcher überwachte, auf und erklärte die Verammlung für aufgelöst. — Die Freisinnigen sind natürlich über das Verhalten der konservativen Störenfriede und das Verhalten des Herrn Landrats, den sie für verlesungswürdig halten, nicht sehr erbaut.

— Zu der Frage der Stempelsteuererlasse meint die „Nationalzeitung“, es sei die höchste Zeit, daß offiziell, sei es im Abgeordnetenhaus, sei es in „Reichsanzeiger“, erklärt werde, wie weit die Angaben der „Freie Ztg.“ richtig sind und aus welchen Gründen der Steuererlass für statthaft erachtet wurde. „Wir fürchten, daß haltbare Gründe sich dafür nicht werden anführen lassen. Aber wir wünschen wegen der beteiligten Personen und um des Ansehens des preussischen Beamtenums willen, daß wenigstens dargegben wird, es sei in gutem Glauben an die Zulässigkeit des eingeschlagenen Verfahrens gehandelt worden.“

— Auf acht Millionen Mark wird in der „Frankfurter Zeitung“ der Wert des Fideikommisses des Freiherrn v. Lucius geschätzt. Danach würde also der erlassene Fideikommissstempel für

dieses Fideikommiss sich auf 240000 M. belaufen haben.

— Harmonie zwischen Kapital und Arbeit Der Vorstand des Unterstützungvereins Deutscher Buchdrucker erläßt folgende Bekanntmachung: „Nachdem der „Tarifausschuß der Section II (Rheinland-Westfalen) sich über einen neuen Tarif geeinigt hat, welcher das Minimum im vierten Gehilfenjahre auf 18 M. festsetzt, ist, wie auch dem unterzeichneten Vorstande zur Kenntnis gelangte, eine Aufforderung an die Prinzipalität ergangen, durch Maßnahmen in Form von Lehrlingen der seitens der Gehilfenschaft zu gunsten der arbeitslosen Kollegen angestrebten Verrückung der Arbeitszeit entgegen zu wirken. Unter Hinweis auf den noch zu Recht bestehenden Tarif, welcher die Anzahl der zu haltenden Lehrlinge genau bestimmt, eruchen wir nun unsere Mitglieber, auf die Ueberstreichung dieser festgesetzten Stala ein wachsameres Auge zu richten und diesbezügliche Tarifverletzungen dem unterzeichneten Vorstande sofort mitzuteilen. Wenn auch zu erwarten ist, daß die Prinzipalität das ihr zugemutete im Interesse des Friedens und des Gewerbes zurückweisen wird, so erachtet der Vorstand es dennoch für seine Pflicht, solche unlauteren Bestrebungen zu allgemeiner Kenntnis zu bringen und gleichzeitig zu betonen, daß die Verantwortung für einen hierdurch herbeigeführten Bruch des Tarifs und der Tarifgemeinschaft nicht der Gehilfenschaft, sondern der Prinzipalität allein zu schreiben würde.“ — Noble Leute, diese Buchdruckerprinzipale! Genau so nobel, wie ihre Kollegen in den übrigen Gewerben. Und alles zur höheren Ehre des Bösen „Profit“.

— Der Fluß der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hat sich in den letzten Tagen wieder einmal in unterfüllt krasser Gestalt gezeigt. Koch's Entdeckung flößt Hunderttausenden armer Kranken neue Hoffnung ein, die ganze Welt atmet auf in der Erwartung von einer ihrer ärgeren Geiseln erlöst zu werden. Die ganze Welt? Oh nein! Die Apotheker sind anderer Ansicht, sie zittern für ihren Erwerb; die Hausbesitzer in den Kurorten, wo Lungenkranke bisher Besserung suchten, sie fürchten ihre Wohnungen werden leer bleiben! Und man sei ja vorsichtig und verdamme nicht allzuhart den brutalen Egoismus dieser Leute. Sind sie es, oder ist es nicht vielmehr diese herrliche Ordnung des Privateigentums, die macht, daß der eine nur lebt vom Tode des andern, die bewirkt, daß der Menschheit jeder Segen zum Fluche ausschlägt, daß jeder Fortschritt auf jedem Gebiete, statt der Gesamtheit zu nützen, wie er könnte, wie er in einer vernünftigen Gesellschaft würde, ebensoviele Wunden schlägt als er heilt. Es giebt keine schärfere Beurteilung der „Zivilisation“ als jene Angst der Apotheker.

Schweiz. Das von dem Pariser sozialdemokratischen Kongreß ernannte Schweizer (Hüricher) Exekutiv-Komitee, welches das Mandat erhalten hat, den nächsten Kongreß nach der Schweiz oder nach Belgien zu berufen, hat, wird den nächsten internationalen Arbeiterkongreß nach Brüssel und Belgien einberufen. Zu dem Kongreß, welcher den 16. August des künftigen Jahres (1891) zusammentreten soll — voraussichtlich auf acht Tage — werden alle Arbeitergruppen und Arbeiterorganisationen der Welt eingeladen werden. Die Mandatsprüfung findet durch den Kongreß statt, der in diesem wie jedem anderen in den Kreis seiner Wirksamkeit gehörigen Punkt souverain ist. Alle für den Kongreß bestimmten Berichte sind, auf Kosten der betreffenden Länder und Organisationen, dem Kongreß gedruckt vorzulegen und zwar in drei Sprachen: deutsch, französisch und englisch. Die Zahl der Berichte

In einem Waldhüschchen im Jülicher Lande findet man folgende Verse im Fremdenbuch:

A. schreibt:
Das Leben ist der Älter höchstes nicht,
Der Uebel größtes sind die Schulden.

B. schreibt:
Die Schulden sind der Uebel größtes nicht,
Das größte Uebel ist die Zahlungspflicht.

C. schreibt:
Die Zahlungspflicht ist der Uebel größtes nicht,
Niel über ist noch der daran,
Der zahlen soll und nicht bezahlen kann.

D. schreibt:
Du irrst Dich, Freund, nicht schlecht
Und kennst des Lebens Not nicht recht.
Den Schuldner kümmern Schulden nicht,
Er laßt dem Gläubiger in's Gesicht,
Um schlimmten geht es diesem oft,
Weil er umsonst auf Zahlung hofft.

Verfälschte Frauen. Eine junge Berliner wurde von einem Manne hartnäckig verfolgt, bis sie sich umwannte und fragte: „Warum verfolgst Du mich?“ — „Weil ich Dich liebe.“ — „Wie kannst Du mich lieben?“ erwiderte sie. „Meine Schwester, die viel schöner ist als ich, geht hinter mir. Zu ihr magst Du von Liebe reden.“ Der Mann folgte diesem Rate, traf aber eine Dame mit so hübschem Gesichte, daß er sofort zu der ersteren zurückkehrte und ihr Barmherzig machte, daß sie ihm die Unwahrscheinlichkeit gesagt habe. Sie lächelte und sprach: „Auch Du, hast Du mir etwas nicht auch die Unwahrscheinlichkeit gesagt? Denn wenn Du mich wirklich liebst, so wärdst Du nicht von mir gegangen sein, um eine andere anzusehen.“

(Fortsetzung folgt.)

ist nicht beschränkt, jedoch darf seiner Herkunft im Original den Raum eines Druckbogens (16 Octaven) übersteigen. Das Einberufungskomitee wird in kürzester Zeit die Tagesordnung des Kongresses den in Betracht kommenden Arbeiter-Organisationen vorzulegen.

Belgien. In Brüssel ist dieser Tage die erste Nummer des „Sozialistischen Studenten“, des Organs der Studierenden der Universität Gent zur Ausgabe gelangt.

Reichstag.

34. Sitzung vom 3. Dezember. 1 Uhr.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf, betr. die Prüfung der Rufe und Verschüsse von Hand-Feuerwaffen.

Der Bericht über die Reichs-Ausgaben und Einnahmen für das Jahr 1889/90 wird an die Rechnungs-Kommission gegeben.

Jam Schriefführer wird an Stelle des aus diesem Amte geschiedenen Dr. Bänklin Abg. Schneider-Jamm gewählt.

Es folgen Wahlprüfungen.

Es handelt sich zunächst um die Wahl des Abg. v. Reden im 9. hannoverschen Wahlkreise. Gegen diese Wahl sind mehrere Proteste eingegangen, in denen namentlich eine Wahlbeeinflussung dadurch behauptet wird, daß Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten Schumacher Baerer durch Genarmen mit Beschlag belegt worden seien. Die Kommission hat die Behauptungen des Protestes bezüglich der Kriegervereine für unerheblich erachtet, die Ungültigkeitserklärung der Wahl beantragt, gleichzeitig aber vorgeschlagen, den Reichsanwalt zu eruchen, die Wahlhatten der preussischen Regierung behufs Untersuchung der behaupteten Wahlbeeinflussungen zu übermitteln.

Abg. Ricker (deutschl.): Ich behaupte, daß die Wahlprüfungs-Kommission, allerdings nur mit 7 gegen 5 Stimmen, die Gültigkeit dieser Wahl beantragt hat, gegen welche die allererheblichsten Bedenken vorliegen. Es scheint unerlässlich, über verschiedene Behauptungen des Protestes weitere Ermittlungen anzustellen. Der Beschluß des Kriegervereins zu Dersgen, daß die Mitglieder derselben bei Strafe des Ausschlusses für den Kandidaten v. Reden stimmen sollten, ist absolut geschwehrt und müßte, falls die Wahrheit dieser Behauptung nachgewiesen wird, zur Ungültigkeitserklärung der Wahl führen. Die Kriegervereine sollen unpolitische Vereine sein und die Vorstände derselben aufhören, sich um Politik zu kümmern. Da noch verschiedene andere Behauptungen des Protestes von wesentlicher Bedeutung sind, so beantrage ich, die Beschlußfassung über diese Wahl auszusagen und Erhebungen über die Behauptungen des Protestes zu veranlassen.

Abg. Auer (Soz.) befragt sich über das Verbot von Wahlvereinigungen seitens des Verbands ohne Angabe von Gründen. Redner führt dann dieselben Bestimmungen aus, die bereits Abg. Ricker hervorgehoben hat, besonders den bezüglich des Verbotes der Sozialdemokraten geschiedenen Absatzes seitens des Ober-Vertrags, das eine idiosyncratische Beeinflussung sei. Ein Mann, der solches thue, sei bei den nächsten Wahlen wohl zu ganz anderen Stützen fähig. Der Reichstag müsse umjomehr auf die durch jenen Flugblatt gefälschte Wahlfreiheit sehen, als auch in anderen Wahlkreisen dergleichen Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien.

Abg. Baumach-Altendorf (Reichspartei) verliest ein ihm vom Kriegerverein zu Kößling zugegangenes Schreiben, in welchem die in dem Protest behaupteten Vorgänge für unrichtig erklärt werden. Die Vereine hätten allerdings gegen die Sozialdemokratie Front gemacht, das einzelne Mitglied habe aber seinen freien Willen geübt. Die Ziele der Kriegervereine, so führt Redner fort, gipfeln in dem Spruche: „Mit Gott für König und Reich“. Jedes einzelne Mitglied trägt natürlich die moralische Verantwortung für sich, diesem Spruche gemäß seine Stimme bei der Wahl abzugeben. Ich halte nicht an, zu erwidern, daß es unser Bestreben sein muß, die Vereine in diesem Sinne zu pflügen und zu härten. (Beifall rechts.) Ich bitte also, die Wahl für gültig zu erklären.

Abg. Dr. Wehner (son.) ist der Ansicht, daß der Ober-Vertrag v. Dettin in seinem Flugblatt vollkommen Recht gehabt haben würde, wenn er nicht zu seinen Untergebenen gesprochen hätte. Allein die angelegte Berechnung ergibt, daß das Vorgehen dieses Herrn von keinem Einflusse auf die Wahl selbst gewesen sei. Herr Ricker hat keine Verantwortung gegen die Kriegervereine in der Art vorzugehen, weil sich bei einer späteren Wahlprüfung zeigen wird, daß die Kriegervereine für die Wahlbeeinflussung durch den Reichstag gewirkt haben. Für die Sozialdemokraten, welche die Achtung gegen den Kaiser verweigern, zu stimmen, könnte einem alten Soldaten nicht zugemutet werden.

Abg. Strombeck (Zentrum): Ich glaube, daß es sich im öffentlichen Interesse empfiehlt, den Proteste näher zu treten, mag der Gegenstand ein, was er will. Ich empfehle deshalb die Annahme des Antrages Ricker.

Abg. Ricker: Die mechanische Stimmenberechnung ist nicht maßgebend, weil wir noch garnicht wissen können, welche Stimmenzahl abgerechnet werden muß. Eine solche mechanische Stimmenberechnung hat der Reichstag stets zurückgewiesen. Die ungeschickliche Unterfütterung eines Freisinnigen durch die Kriegervereine würde ich ebenso scharf nicht billigen, ich bitte um Kammerbestätigung eines solchen Falles. Wir treten nicht gegen die Kriegervereine als solche auf, sondern nur gegen das Politisieren innerhalb derselben. Ueberall da, wo die Kriegervereine ihre Grenze überschreiten, muß der Reichstag das Nötige verbessern, nur so können wir Ruhe und Frieden im Lande erhalten.

Abg. Auer (Soz.) protestiert dagegen, daß man die gebildeten Soldaten erst an den Listen der Vereine teilnehmen lasse, um sie dann heranzuworfen. Wären Sie doch dann die Parteien auf, wenn Sie die Sozialdemokraten ausfindig machen wollten. Wir erfüllen genau zu unsere Pflichten wie die Anhänger aller anderen Parteien, und uns eine Pflichtübergabe gegen das Vaterland vorzuerwerfen, hat Herr Wehner durchaus kein Recht. Wo haben wir denn unser Wort gebrochen? Wo haben die Sozialdemokraten ihre Pflicht gegen das Vaterland nicht erfüllt? Aber Herr Wehner überläßt zu den Parteien, zu denen auch die Nationalallierten gehören, die 1866 ihr schändliches Vaterland verraten haben. Solche Behauptungen aufzustellen, das ist unanständig. (Präsident v. Lepow rügt diesen Ausdruck.) Ich empfehle Ihnen nochmals, den Antrag Ricker zur Annahme.

Abg. Dr. Wehner: Unter den Sozialdemokraten ist doch das Wort gefallen: Krieg den Kaiser! Wenn Sie die Republik auf Ihre Fahne schreiben, dann können Sie doch kein Kriegervereine nicht zuzumuten, daß Sie Elemente in Ihren Reihen dulden, welche die Krone gegen den König gebrochen haben.

Die Diskussion wird nunmehr geschlossen. Der Antrag Ricker wird angenommen. Dafür die Sozial-

demokraten, Freisinnigen; Zentrum und einige National-liberale.

Es folgt der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abg. v. Dem in 2. Wahlkreise Stettin.

Abg. v. Lepow teilt mit, daß der Referent Dr. Doch nicht anwesend sei und deshalb der Vorsitzende der Kommission Abg. Schmieder (deutschl.) das Referat übernehmen habe.

Abg. Ricker beantragt die Ablehnung dieses Gegenstandes von der heutigen Tagesordnung bis zu dem Zeitpunkte, wo der Referent im Hause anwesend sein wird. Es handle sich hier um eine sehr wichtige Wahlprüfung und so viel er wisse, sei der Vorsitzende der Kommission Vertreter der Minorität der Kommission.

Abg. v. Ahn (son.) erklärt sich gegen diesen Antrag. Man könne dem Vorsitzenden der Kommission nur dankbar sein, daß er bereit sei, das Referat zu übernehmen und man könne demselben doch nicht ein Misstrauensvotum geben, daß er das Referat nicht objektiv erlaten werde.

Abg. Ricker: Der Vordereiner würde doch nicht glauben, daß er seinem Freunde Schmieder ein Misstrauensvotum geben wolle. Es handle sich darum, daß man den Abg. Schmieder nicht in den Reihen der Freisinnigen wissen wolle, da derselbe am besten geeignet sei, die Gründe der Minorität hier im Hause zu vertreten.

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) stimmt dem Antrage Ricker zu.

Abg. Schmieder erklärt, daß der Referent ihm angezeigt, daß er verhindert sei, heute hier im Hause zu erscheinen und ihn gebeten habe, ihn zu vertreten. Dies habe er zugehört.

Nach längerer Geschäftsordnungs-Diskussion, in welcher die Abg. Windthorst und Ricker (deutschl.) den Antrag Ricker nochmals bekräftigen, bemerkt der Präsident, daß unzulässige Präzedenzfälle der Übertragung des Referats an andere vorliegen.

Abg. Ricker giebt dies zu, da in diesen Fällen nicht, wie hier, Widerspruch erhoben worden sei.

Abg. Schmieder erklärt, daß er in Folge des erhobenen Widerspruches seine Bereitwilligkeit, das Referat zu übernehmen, zurücknehme (weiterer) und sich damit die Wahlprüfung von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Wahl des Abg. Schütt (3. Braunschweiger Wahlbezirk) wird hierauf ohne Diskussion für gültig erklärt.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Wahl des Abg. v. Münch im 8. Württemberg-Wahlkreise.

Die Kommission beantragt: die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl auszusagen und Beweis über die Behauptungen des gegen die Wahl eingegangenen Protestes zu erheben, daß für den Fall eines Sieges des Abg. v. Münch den Wählern Freiheiten in Aussicht gestellt und daß sehr von Wählern selbst oder durch Mittelspersonen von der Wahl den Wählern Geld geschenkt oder versprochen habe, damit sie für ihn stimmen.

Abg. v. Münch (Kons.) verteidigt sich in einem längeren Vortrage gegen die in dem Proteste gegen ihn erhobenen Beschuldigungen. Viele Missionen seien ihm allerdings bei seinem ersten Auftreten genommen worden, er sei sogar aus der Volkspartei ausgeschlossen worden, aber die eine nicht, daß er den freien Willen habe, die Interessen des armen arbeitenden Mannes zu vertreten und daß er noch das uneingeschränkte Vertrauen seiner Wähler besitze. Seine Wähler würden es ihm deshalb auch nicht übel nehmen, wenn er dem Vernehmen entgegen, hier selber seine Verteidigung führe. Redner beantragt schließlich die zugehörige Bezeichnung mehrerer von ihm namhaft gemachten Jungen.

Weitere Diskussion erhebt sich nicht. Der Antrag v. Münch wird abgelehnt, der Kommissions-Antrag angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. Zweite Beratung des Gesetz-Entwurfes, betr. Besondere, erste Beratung des Patentgesetzes und des Gesetzes, betr. den Schutz von Gebrauchsmustern und Wahlprüfung.) Schluß gegen 4 Uhr.

Lokales.

Danke, 4. Dezember.

— **Stadttheater.** In der Freitags-Aufführung von „Don Juan“ wird Fräulein Maxa Gatzel, Hofenow, eine Schillerin von Dehre Artot, als Donna Elvira besitzend.

— **Kühen haben kurze Beine.** In einer Notiz der „Voll. Jg.“: „Eugen Wagner geht vor, auf die jetzt mit nicht eingehen wollen, ist das genannte Blatt am Schluß: „Selbstverständlich hat das Buch Beine, obwohl noch vor kurzem von sozialistischen Buchhandlungen angelegt, jezt in Buchhandel nirgend mehr zu haben. Bald noch vollständiger Freigebung des Buches scheint die Partei selbst für sich befunden zu haben, daselbe zu unterdrücken. (Das letztere wäre ja äußerst interessant).“ — Das ist natürlich Mumpst! Momentan ist das Buch allerdings nicht zu haben, weil es vergriffen ist. Es ist aber gegenwärtig im Druck und wird in etwa 3 Wochen bei Diez in Stuttgart erscheinen.

— **Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgange** hat sich gestern gegen Mittag auf dem Etablissement der Rudersfinesse hierseits zugetragen. Der seit langer Zeit dabeist beschäftigte Arbeiter Elias geriet beim Rangieren eines Wagenzuges zwischen die Puffer zweier Wagen und wurde buchstäblich gerdrückt. Durch welchen Umstand der Unfall herbeigeführt, ist unbekannt. Man fand den Schwerverletzten zwischen dem Geleise und brachte ihn alsbald nach der königl. Klinik, woselbst außer einem Splitterbruche des Beckens schwere innere Verletzungen konstatiert wurden. Der Unglücksfälle überlebte den Unfall nur um wenige Stunden. (Voll. Jg.)

— **Der Bürgerverein in Giebichenstein** erlebte bei der letzten Gemeinderatswahl ein Flugblatt, gegen dessen Verleger jetzt, wie wir hören, seitens der Staatsanwaltschaft das Strafverfahren wegen Beleidigung eingeleitet worden sein soll. Die „Saale-Zeitung“ hatte die Kandidaten des Bürgervereins für „Sozialdemokraten“ ausgedehnt, die Liste hat jedoch nicht mit der Sozialdemokratie zu thun, sie kann um so weniger etwas mit der Sozialdemokratie zu thun haben, als ja dieselbe selbst direkte Gegner derselben enthielt. Nach der „Saale-Zeitung“ prebigen nun fast alle Blätter von einer Niederlage der Sozialdemokraten bei der Gemeinderatswahl in Giebichenstein. Danach kann man ungefähr erkennen, welche Veranlassung es mit den Niederlagen der Sozialdemokraten bei den verschiedenen Gemeinderatswahlen auf sich hat.

Arbeiterbewegung.

— Die am Dienstagabend im Saale der „Moritzburg“ stattgefundene Mitgliedsversammlung des Fachvereins der Maurer von Halle und Umgebung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Weihnachtsgesamtheit, welche der Verein schon verschiedene Jahre hintereinander seinen Mitgliedern veranstaltet hat. Mit der Weihnachtsgesamtheit ist Konzert und

Ball verbunden. Dasselbe war immer ein schönes Fest für Alt und Jung, hauptsächlich für die Kinder und findet Sonntag vor Weihnachten (zum ersten Feiertag war kein großer Saal zu bekommen) in „Freyburgs Garten“ von nachmittags 4 Uhr an statt. Mit der Leitung des Festes wurde der Vorstand beauftragt und wurde demselben noch ein Vergütungskomitee bestanden und 11 Mann, zur Seite gestellt, jedoch die ganze Leitung des Festes in den Händen von 20 Personen liegt. Für weiteren Regelung wurde ein Antrag angenommen, welcher besagt, daß Listen ausgesetzt werden sollen zur Einzeichnung der Mitglieder, welche sich an dem Feste beteiligen wollen und ist zur Legitimation das Mitgliedsbuch vorzulegen, welches in Ordnung sein muß. Als Lokale zur Auslegung der Listen wurden bestimmt für Halle: Restaurant zur „Reitpforte“ von J. Streicher (Gatz); die „Moritzburg“ (Gatz 48); Restaurant Götze (Thorststraße); Restaurant J. Sanow (Steinweg) und die Hagarrenhandlung von Albert Sanow (Dr. Schlamme); für Giebichenstein: Schades Schützenhaus und für Trotha: die Restauration von Bernheim. Der Kostenpunkt, welchen jedes Mitglied zu leisten hat, das sich an dem Feste beteiligt, wurde wie die vorhergehenden Jahre wieder mit 75 Pf. festgesetzt. Die Geschichte, welche jedes Kind der Mitglieder erhält, soll den Wert von 50 Pf. haben und wird die Regelung wie andere Jahre stattfinden. Die Zeit und die Lokale, in welchen die Listen ausgesetzt werden, werden im „Vollblat“ bekannt gemacht. Zu wünschen ist nur, daß sich die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse so zahlreich beteiligen, wie es andere Jahre der Fall gewesen ist, und sollte daher kein Mitglied, welches die Arbeitsnot nicht zu sehr drückt, seinen Kindern die Freude entziehen, da doch der Kostenpunkt von 75 Pf. nur gering ist und jedem Kind ein Geschenk zu teil wird. — Zum 2. Punkt der Tagesordnung „Statutenberatung“ ist die Herr Preuß den Antrag, dieselbe bis nach dem Gemeinderatskongreß, betreffs der veränderten Situation, zu vertagen, welcher angenommen wurde.

— In Verhinderung wurde das Verhalten eines Mitgliedes, betreffs der Sonntagarbeit, kritisiert. Dasselbe ver sprach auf Anfrage des Vorsitzenden Abänderung, und wurde ihm für sein bisheriges Verhalten, den Prinzipien des Vereins gegenüber, vom Vorsitzenden im Namen der Versammlung eine Rüge erteilt. Einer Witwe wurde auf ihren Antrag eine Unterbringung bewilligt. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Gelesene Nummern unseres Blattes wirkt man nicht fort, sondern benutzt dieselben zur Agitation, indem man die Nummern seinen Freunden und Kollegen sowie Geschäftsleuten zum Lesen giebt, und so für immer weitere Verbreitung unserer Blattes durch Gewinnung neuer Abonnenten Sorge trägt.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 3. Dezember.

Aufgebote: Der Bahnarbeiter Ernst Naumann und Marie Weidbach (Georgstraße 5b und Bernburgerstraße 28). Der Tischler Alwin Henze und Luise Korn (Zhomastusstraße 5). Der Malchienenmeister Hermann Knöbel und Minna Kautsch (Oberglauha 3 und Lohjün). Der Handarbeiter Alfred Bandermann und Marie Schaller (Ludwigstraße 1). Der Buchdrucker Paul Elias und Ida Freyemann (Trödel und Steg). Der Steinbruder Hermann Schent und Friederike Knauer (Kinnarode).

Eheschließungen: Der Handarbeiter Eduard Braune und Auguste Vollstien (Bergstraße 3). Tischler Louis Böning und Auguste Jäger (Giebichenstein und Baumstraße 14). Der Restaurateur Friedrich Biedert und Anna Meyer (Gartenstraße 22).

Geboren: Dem Kaufmann Siegmund Jodanisthal eine L. Adèle (Merzburgerstraße 18). Dem Tischler Gustav Hoff eine L. Emma (Pflanzhöhe 7). Dem Maurer Walther Grauert eine L. Pauline Luise (Luisenstraße 14). Dem Handarbeiter Friedrich Willad ein S., Franz (Schlofferstraße 4). Dem Kaufmann Bernhard Salzmann eine L., Friederike Auguste Helene (Ul. Ulrichstraße 8). Ein uneheliches S., zwei uneheliche T.

Storben: Des Telegraphen-Leitungs-Revisor Adolf Aue Ehefrau Antonie Elisabeth geb. Lopp, 35 J. (Königsstraße 5a). Des Lokomotivführer Wilhelm Wädiger S. (totgeb. (Leffingstraße 12). Des Eisenwerkes Ernst Jahn S. Kurt Martin, 3 W. (Leffingstraße 5/6). Des Handarbeiters Karl August Kannegeiser T. Ida Emma, 3 J. (Unterberg 1). Des Bäckermeisters Reinhold Bieler T. Lina Olga, 1 W. (Kriegerstr. 17). Der Fabrikarbeiter Ferdinand Olsen, 40 J. (Kriegerstr.). Der Rentner Andreas Wetterling, 86 J. (Krudenbergstraße 5). Die Witwe Marie Müller geb. Bretschneider, 80 J. (Martenstraße 11).

Stadttheater zu Halle a. S.

Donnerstag den 4. Dezember 1890.

82. Vorstellung. 17. Vorstellung außer Abonnement. (Bei halben Preisen.)

Die Ehre.

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Freitag den 5. Dezember 1890. (Farbe: rot)

83. Vorstellung. — 66. Abonnements-Vorstellung. Kaffeeöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Don Juan.

Große Oper in 3 Akten von Abt Lorenzo da Ponte. Musik von Wolfgang Amadeus Mozart.

Don Juan Leopold Demuth.
Don Pedro Hans Keller.
Donna Anna Bertha Probst.
Donna Elvira Margarethe Hofmann.
Don Octavio Ferdinand Rod.
Leporello, Don Juans Diener Franz Krieg.
Masetto, ein Bauernbräutigam Ludwig Engelmann.
Berline, seine Tochter Luise Ostwaldt.

Herrn und Damen, Bauern, Bäuerinnen, Diener, Furien. Die Scene spielt in Spanien.

Nach dem 1. und 2. Akte finden größere Pausen statt.

Sonnabend den 6. Dezember 1890. (Farbe: blau.) Ausgabe von Schülerkarten.

Samstag 7. Mal: Kollberg. Hiftor. Schauspiel in 5 Akten von Carl Heise. In Vorbereitung: Schauspiel von Franziska Gierach. Schauspiel von Ludwig Riemann-Wade.



Grösste Auswahl in allen Artikeln.

Otto Pincoffs & Co.

Halle a.S. 12 Gr. Ulrichstr. 12 Halle a.S.

im Hause des Bildhauers Herrn Gustav Glück.

Größtes Spezial-Geschäft

in
Trikotagen, Wollwaren, Strumpfwaren

und
konfektionierten Trikot-Kleidern und Anzügen.

Streng reelle Bedienung. — Billigste feste Preise.

Einem geehrten Publikum beehren wir uns die ergebene Mitteilung zu machen, daß unser Lager mit allen erdenklichen Neuheiten ausgestattet und auf das Reichhaltigste, sowie Sorgfältigste für die

Winter- und Weihnachts-Saison

sortiert ist. Gleichzeitig bringen die uns bei Begründung des Geschäfts gestellten Grundzüge der strengsten Realität in Erinnerung und bemerken, daß jedes Stück den festgesetzten billigsten Preis sichtlich trägt, wodurch selbst Nichtkenner vor Ueberschätzung geschützt sind.

Indem wir höflich bitten, unser Unternehmen durch ein ferneres geneigtes Wohlwollen zu unterstützen, werden wir bemüht sein, das uns zu teil werdende Vertrauen nach jeder Richtung zu rechtfertigen, und erlauben wir uns auf unsere folgende Preisliste aufmerksam zu machen.

Normal	-Hemden	von Mk. 0.90—8.00	Trikot	-Tullen	von Mk. 2.00—24.00
	-Jacken	" " 0.65—5.50		-Kleider	" " 2.00—25.00
	-Hosen	" " 1.00—6.75		-Anzüge	" " 4.50—20.00
	-Hemdhusen	" " 8.50—12.00		-Jacketts	" " 2.50—8.50
	-Nachthemden	" " 6.00—10.00		-Mützen	" " 0.75—3.50
	-Kinder-Trikots	" " 1.50—4.50		-Hosen	" " 2.00—4.50
	-Strümpfe	" " 1.20—2.50		-Gamaschen	" " 2.00—3.75
	-Stoffe vom Etüid.	" " " "		-Stoffe meterweise.	" " " "

Echt englische Cachemire-Damen-Strümpfe

garantiert reine Wolle und waschecht, extra lang von Mk. 1.50 an bis 3.50.

Wollene	Kopfküllen	von Mk. 0.75—3.00	Damenstrümpfe } regulär gestrickt mit Herrenstrümpfe } doppelt gestrickt und Kinderstrümpfe } Spigen.	von Mk. 0.80—3.00
	Tücher	" " 0.60—12.00		" " 0.65—1.75
	Röcke	" " 0.60—8.00		" " 0.15—2.75
	Jagdwesten	" " 1.50—15.00		" " 0.40—1.75
	Damenwesten	" " 1.00—7.50		" " 0.40—1.50
	Kinderjäckchen	" " 1.00—3.00		" " 0.40—3.50
	Kinderschuhe	" " 0.35—2.75		" " 0.60—2.00
	Kinderhäutzel	" " 0.20—0.76		" " 0.40—2.25

Korsets in enormer Auswahl und Garantie guten Sitzes und Haltbarkeit.

Korsetschoner.

Velour-Unterröcke	von Mk. 1.25—10.00	Schlafdecken	von Mk. 6.00—20.00
Seidene Unterröcke	" " 12.00—24.00	Reisedecken	" " 6.50—30.00
Flanell-Röcke und Hosen	" " 0.60—4.00	Jagdgamaschen	" " 3.00—4.75
Schulterkragen	" " 0.75—6.50	Jagdkappen	pro Stück 1.50
		Kulewärmer	" Paar 1.50

Elegant garnierte seidene Chenille-Kapotten in feinsten Facons von Mk. 3.— bis 15.50.

Balltücher — Echarpes — Kopfschawls in Wolle und Seide

nur hervorragende Neuheiten.

Ballstrümpfe — Ballhandschuhe.

Größtes Lager in seidenen und halbseidenen Cachenez für Herren, Damen und Kinder von Mk. 0.40 bis 12.00.

Wollene Strick- und Häkelgarne in allen Farben und Melangen das richtige Zollpfund von 2.00 Mk. an bis zu den feinsten Qualitäten.

Grösste Auswahl in allen Artikeln.

An die Parteigenossen!

Wir beabsichtigen von nun ab wöchentlich an dieser Stelle alle im Zusammenhang mit unserer Parteibewegung erfolgten Verurteilungen und Verfolgungen zu registrieren. Um aber hierüber ein genaues und erschöpfendes Verzeichnis führen zu können, ist es unbedingt nötig, daß alle Genossen, die solche Verurteilungen oder Verfolgungen erleiden (oder falls sie durch Verhaftung u. d. an gehindert sind, die Vertrauensmannen der betreffenden Orte) ungesäumt unter der Adresse:

Z. Auer, Kappachstraße 9 I, Berlin SW., uns hiervon unter Angabe von Ort, Datum und Art der Anklage direkt durch Postkarte oder Brief in Kenntnis setzen.

Es genügt nicht, wenn diese Mitteilungen in der Lokal- oder Provinzpresse mitgeteilt werden; bei dem Umfange, den unsere Parteipresse allmählich erreicht hat, ist es für uns einfach unmöglich, jedes einzelne Blatt von Anfang bis Ende zu diesem Behufe zu durchsuchen.

Wir möchten überhaupt bei dieser Gelegenheit jeden einzelnen Genossen dringend bitten, unsere Aufforderungen nicht bloß zu lesen (bez. abzudrucken), sondern die darin ausgesprochenen Ansuchen auch nach Kräften selbst zu erfüllen.

Wie wichtig aber gerade heute schon ein „Verfolgungskalender“ ist, dürfte jedem Genossen ohne längere Erörterung klar sein. Wochen- und monatelang vor der mit dem 1. Oktober erfolgten Rückkehr zum sogenannten gemeinen Recht hat die gegenwärtige Presse Zimmerer auf Zimmerer erhoben, wie jetzt bei der „Unzulässigkeit des gemeinen Strafrechts“ die „Fingelfalschheit der sozialdemokratischen Schandenscheitheit“ ihre tollsten Organe feiern werde; da dürfte also gegenüber dieser Scheuheit die einfache Konstatierung der erfolgten Verurteilungen, Verhaftungen, Konfiskationen u. d. den schlagendsten Beweis erbringen, was Alles auf Grund des gemeinen Rechtes in der „neuen Ära“ möglich und zulässig ist.

Mit sozialdemokratischem Gruß Der Parteivorstand.

Interim „neuen Kurs“.

Aus der Tagespresse haben wir für den Monat November folgende, freilich nur mangel- und lückenhafte Zusammenstellung sammeln können:

1. Kuba. Kolgarbeiter Auit 6 Monate, vier Genossen je 3 Monate Gefängnis wegen „Erpressung“; sie hatten bei der Forderung auf höheren Lohn mit Streik gedroht.

2. Dresden. Redakteur Lahn von der „Sächsl. Arbeiterzeitung“ zu 75 M. Strafe wegen Verleumdung des General-Adjutants Bued und 150 M. wegen Verleumdung der Amtshauptmannschaft.

3. Gumburg. Fünf Vorstandsmitglieder des Maurer-Fachvereins Gefängnisstrafen von 6-9 Monaten wegen „gemeinschaftlicher Erpressung“; sie hatten einen Meister mit Sperre gedroht, falls er drei von ihm entlassene Maurer nicht wieder in Arbeit nehme.

7. Rastatt. Apotheker Dug 25 M. Geldstrafe wegen großen Unfalls, weil er auf die Gefahr hin in Rastatt gestandenen Adaminidierger einen Kranz mit folgender Widmung auf roter Seidelle niedergelegt hatte:

Den Eltern des Ueberhandes und der Wittfür, Den Kämpfern für Freiheit und Recht, Den Toten die Lebenden.“

10. Halle. Redakteur Zilge vom halleischen „Volksblatt“ 1 Monat Gefängnis wegen Verächtlichmachung von Staatseinstellungen (Wolfschulwesen).

13. Chemnitz. Redakteur Stademig von der „Presse“, sechs Monate Gefängnis, wegen Verleumdung des sächsischen Offizierkorps.

14. Gumburg. Wegen des Straßentravallwurds wurden nach siebenmonatlicher Untersuchungshaft 15 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 5 Monaten bis zu 1 Jahr verurteilt. Der Hauptsträflingführer jähle 13, zwei andere Angeklagte erreichten eben das 18. Lebensjahr.

15. Düsseldorf. Der Redakteur der „Düsseld. Arb.-Zeitung“ 3 Monate Gefängnis wegen Verächtlichmachung und 14 Tage Gefängnis wegen Beschimpfung der katholischen Kirche.

15. Oberreid. Redakteur Grimpe von der „Freien Presse“ 3 Monate 8 Tage Gefängnis wegen diverser Verbrechen.

16. Düsseldorf. Im bekannten Geheimundspruch Fischer, Fingler, Rohmüller und Heine je 1 Monat Gefängnis.

17. Chemnitz. Expedient Binneberg von der „Presse“ 8 Tage Gefängnis, weil er nach Schluß einer Volksversammlung ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ausgebracht hatte.

19. Frankfurt a. M. Redakteur Hoch von der „Frankf. Volksstimme“ 6 Monate Gefängnis wegen Verächtlichmachung.

19. Potsdam. Stadtverordneter Voghtner aus Berlin 6 Wochen Gefängnis wegen Beschimpfung der christlichen Kirche.

22. München. Redakteur Schwab von der „Mündener Post“ 100 Geldbuße (eent. 10 Tage Haft) wegen Zeugnissverweigerung; er weigerte sich, den Verfasser einer Einlenkung zu nennen.

24. Gera. Redakteur Rößiger von der „Neus. Tribüne“ 4 Monate 8 Tage Gefängnis wegen diverser Verleumdungen. (Das Schöffengericht hatte in erster Instanz auf Freisprechung und in einem Falle auf 8 Tage Haft erkannt.)

25. Halle. Der Redakteur Zilge des „Volksblatt“ und der Klempner Schmiedecke je 1 Monat Gefängnis wegen Verleumdung.

26. Frankfurt a. M. Postamtenier G. W. 13 von Offenbach, aus Frankfurt a. M. feinerzeit ausgewiesen, 9 M. Geldbuße wegen Banndruch im Jahre 1888.

28. Berlin. Redakteur Baake von „Berliner Volksblatt“ 300 M. Strafe wegen Verleumdung des Generaldirektors Bued.

Konfiskationen erfolgten im Laufe des Monats November verschiedene: In Berlin wurden auf der Expedition des „Volksblatt“ 33 180 Exemplare des Parteiprogramms und der Organisationsbestimmungen beschlagnahmt; ebenso das Heftblatt zu Nr. 47 der „Berliner Volksstimme“; in Breslau wurde Nr. 40 der „Schl. Nachr.“ wegen angeblicher Verächtlichmachung beschlagnahmt und die Anklage auch auf einen Korporateur in Breg ausgehört, der die betr. Nummer vor der Konfiskation verbreitet hatte; in Halle eine Nummer des dortigen „Volksblatt“; in Karlsruhe Nr. 146 und 148 des dortigen „Volksfreund“ (wegen Militär- und Polizeiverleumdung); in Königsberg Nr. 48 des „Königsberger Volksblatt“ (wegen Verleumdung der württembergischen Arme).

Verhaftet wurde in Stuttgart 2. Lauscher unter der Anklage der Verächtlichmachung, z. begangen in verschiedenen Artikeln des „Sozialdemokrat“ aus dem Jahre 1888, für welche er als Korrekter losbar gemacht werden soll; in Berlin der Schuhmacher Moz Maginist wegen angeblicher Verächtlichmachung, die er in einem Vortrage über „Anarchismus und Sozialismus“ begangen haben soll. Beide wurden aus ihrer Haft wieder entlassen, ersterer nach Stellung von 5000 M. Kaution. Ferner wurde in Berlin verhaftet Genosse W. Kappach. In Frankfurt a. M. wurde anfangs November Redakteur Hoch von der „Frankf. Volksstimme“ unter Anklage der Verächtlichmachung verhaftet, nach ein.igen Tagen gegen 3000 M. Kaution wieder entlassen. Am 27. November abends wurde er abermals verhaftet. Ferner wurde in Frankfurt a. M. am 24. November unter der Anklage der Verächtlichmachung auf Acquisition der Darmstädter Staatsanwaltschaft der Richter Palm verhaftet und unter harter Gewandverleumdung nach dem Offenbacher Gefängnis estortiert.

Strasverfahren. Bez. Untersuchung wurde eingeleitet gegen Karibot Kus in Berlin wegen Beschimpfung der christlichen Kirche; ferner gegen den Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“ wegen Gotteslästerung und Verächtlichmachung durch Abdruck des Heineischen Weberlieds).

Hausdurchsuchungen fanden diverse statt, ebenso eine Reihe von Versammlungs-Auflösungen.

Einem Griet für das Sozialistengesetz hat der Böbauer Stadtrat in § 20 des sächsischen Vereinsgesetzes entsetzt. Der dortige Arbeiter-Wahlverein wurde aufgelöst, weil er sich zur sozialdemokratischen Lehre bekennt, die Lehre aber Gesetzesübertretungen und unethische Handlungen aufreibe. Und die königliche Kreisbauverwaltung zu Buaen hat diese originelle Auffassung natürlich auch bestätigt.

In Zürich (Basen) wurde in einer öffentlichen Versammlung von überwachenden Polizeibeamten die Wahl eines Vertrauensmannes auf Grund des bayerischen Vereinsgesetzes kurzer Hand verboten.

Die Sozialdemokratie reizt zur Unzufriedenheit auf.

Das ist eines der Schlagworte, die unausgesetzt gegen uns gebraucht werden. Sogar aus dem Munde weicheitvoller Staatsanwälte im Gerichtssaale kann man dieses Wort hören. Die Eiferer überhören ganz oder wissen nicht, daß Unzufriedenheit stets eines der mächtigsten Förderungsmittel der Zivilisation war, und daß von „künstlicher Erzeugung“ der Unzufriedenheit als soziales Symptom nicht die Rede sein kann. Nach Unzufriedenheit ist die Gelantheit der menschlichen Handlungen unter dem höchsten Gesichtspunkte durch die Gelantheit des menschlichen Wissens regiert — und völlig berechtigt ist demnach die Annahme, daß materielle Verbesserungen und geistige Fortschritte in ungleicher gleichem Maße sich entwickelt haben und fernerehin entwickeln werden. Wenn auch langsam, so doch sicher, wird die Volksmasse einer besseren Erkenntnis teilhaftig; sie lernt immer mehr, sich selbst erkennen und würdigen; sie fragt sich: „Was wird Dir für Deine Thätigkeit und was gebührt Dir dafür?“ Wenn sich da nun auch viele Menschen geradezu die Verdummung des Volkes, zum Zwecke der Darniederhaltung desselben, zur Aufgabe gemacht haben, — wenn sich auch viele Mühe geben, jeden Laut der Unzufriedenheit, der sich aus der gequälten Brust der Volksmasse löst, zu ersticken und zu unterdrücken, so wächst die Zahl der öffentlich Unzufriedenen doch von Tag zu Tag. Es ist daher gar nicht nötig, Unzufriedenheit zu erregen; sie ist vorhanden ohne „demagogisches“ Zutun; sie ist verbreitet überall, wo es fühlende und denkende, mit Bedürfnissen und Trieben — aber nicht mit den Mitteln zur Befriedigung derselben ausgestattete Menschen giebt. Allerdings bringen sich Bedürfnisse und Triebe, die nicht befriedigt werden können, dort lebhafter zur Geltung, wo das unbedingte Recht der Arbeit auf ihren Ertrag in ganzer Zweifelslosigkeit erkannt wird. Denn was noch im Dunkel hergebrachter Gewohnheit und im Glauben an das „von Gott gewollte“ Elend des größten Teiles der Menschheit festgehalten ist, das leuchtet und stößt und murtet zwar unter dem schweren Joch, doch zieht's mit Gelagebuld den Karren weiter. Ja, wenn aber der majestätische Stolz der Arbeit erwacht, den empört die Verächtlichkeit der jetzigen Gesellschaftseinrichtung, welche die Mühen des in ehrlicher und mühsbringender Arbeit Thätigen leider oft mit Hunger und Trugsalz und mit dem Fluche des Elends lohnt, manche Faule und Unmüde dagegen in der Hülle des Reichtums überschüttet. Und kein Vernünftiger kann dem über dieses Mißverständnis Empörten zürnen.

Was kann vernünftiger sein, als daß, wer anderen Speisen bereitet, nicht für sich selbst mit dem Hunger aufrieben ist, sondern essen will! daß, wer anderen Paläste baut, nicht in feinen, ungefünden Wohnungen zusammengespeert, sondern in gefunden, hellen, geräumigen, freundlichen Räumen menschenwürdig wohnen will?

Was ist natürlicher, daß, daß wer andere bekleidet beschützt und schmückt, nicht in Lumpen gehüllt einhergehen will? Daß ein im ewigen, gräßlichen Einerlei von schwerer, entfräsender Arbeit zum Schlaf und aus dem Schlafe wieder zur Arbeit getriebener Mensch mit diesem Lohse nicht zufrieden ist, sondern nach wechselnder Erholung verlangt? Was ist vernünftiger und selbstverständlicher, als dies alles?

Freilich, dies alles gilt nichts bei jenen, deren Verunnt gefangen genommen ist von allerlei Wahn, deren Rechtsinn gebrochen ist durch graufame, starre Klassen-selbstsucht; nichts gilt es bei den Kostgängern und Bohuhlern der herrschenden Parteien.

Die Unzufriedenheit ist allgemein. Viele im Volke wollen zwar von radikalen Reformen noch nichts wissen, aber man höre sie nur in ihren Wohnungen, zu ihrer Nachbarschaft u. d. ihr Leid erzählen, ihre Sorge mitteilen, ihren Wirtschaftsjammer austramen. Unzufrieden sind sie alle.

Es kommt nun darauf an, diese allgemeine Unzufriedenheit zum öffentlichen Bewußtsein zu bringen, die Unzufriedenen zu belehren und die gesellschaftlichen Einrichtungen derart umzuformen, daß die berechtigten, durch die Verunft und Moral gebotenen Forderungen jedes einzelnen anerkannt und durch die ganze Gesellschaft gedeckt werden. Ohne Unzufriedenheit wurde in der Geschichte der Menschheit noch kein Schritt vorwärts gemacht. Ohne Unzufriedenheit verfiel die Gesellschaft in Stillstand. Aber diese Unzufriedenheit war stets edel, niemals roh und lüsterig, sie richtete sich vielmehr zu allen Zeiten gegen die Hohen, Faulheit und Lüfternheit herrschender Privilegien. (Eso.)

Arbeiter-Schutz-Kommission.

Berlin, den 2. Dezember. Der § 105 d, welcher von den Ausnahmen handelt, die durch den Bundesrat gewährt werden können, wird unverändert angenommen.

§ 105 e wird ein Zusatz, beantragt von Dr. Guttleich und Schmidt, angenommen, und lautet: „Das Verfahren auf Anträge wegen Zulassung von Ausnahmen für Betriebe, welche ausbleiben mit durch Wind oder nur egeimäßige Wasserkraft bewegten Triebwerken arbeiten, unterliegt den Vorschriften der §§ 20 und 21.“

Die §§ 105 f, 105 g und 105 h werden in der Fassung der ersten Lesung angenommen, ebenso § 106.

Zu § 107 liegt ein Antrag Schmidt vor, den Paragraph zu streichen, eventuell statt „minderjährige Personen“ zu setzen: „Personen, welche das 10. Lebensjahr nicht erreicht haben.“ Der Antrag wird mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt und darauf der Paragraph nach der Fassung der ersten Lesung angenommen. Ohne Debatte werden unverändert angenommen §§ 108, 109, 110, 111. Im § 112 wird auf Antrag der Kompromißkommission hinter den Worten „oder unzulässige“ das Wort „Verleumdung“ eingefügt.

Der Abf. 3 des § 113 erhält auf Antrag der Kompromißkommission folgende Fassung:

„Den Arbeitgebern ist unterlagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer Weise zu kennzeichnen, welche aus dem Wortlaute des Zeugnisses nicht ersichtlich sind.“ — Im übrigen unverändert. § 114 gleichfalls unverändert.

Schmidt beantragt zu § 115 im Abf. 2 das in erster Lesung durch 8 Stimmen hineingebrachte Wort „durchschnittlichen“ zu streichen und hinter „rückfichtlich“ einzufügen: „Der Stoffe (Zutaten) die durchschnittlichen Selbstkosten.“ Wolfenbutz beantragt:

- 1. In § 115 Absatz 2 das neuaufgenommene Wort: „durchschnittlich“ zu streichen.
2. Dem § 115 im 1. Absatz ist folgende Fassung zu geben: „Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter ohne andere Abzüge als die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen zulässig sind, in Reichswährung zu berechnen und bar auszuschütten. Der Lohnzahlung darf weder ein Sonnabend, noch ein Sonntag oder Feiertag sein, auch darf die Lohnzahlung nicht in Scheinküften, Verkaufsstellen und damit in Verbindung stehenden Verkaufsstellen stattfinden. Die Lohnzahlung muß wöchentlich stattfinden und ist bei Akkordarbeiten, welche bis zum Lohnzahlungstag nicht zum Abschluß gebracht werden, eine der Leistung entsprechende Abschlagszahlung zu gemäßen.“

Die Debatte über diesen Paragraph ist verhältnismäßig kurz. Von den meisten Rednern wird betont, daß sie die Kommissionsarbeiten nicht weiter in die Länge ziehen wollen, sondern sich vorbehalten, ihre Anträge bei der zweiten Lesung im Plenum zur Geltung zu bringen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge der Kompromißkommission angenommen, welche lauten:

- 1. Im § 115 dem ersten Absatz beizufügen: „Die Lohnzahlung darf ohne Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde nicht in Wirtschaften oder Verkaufsstellen erfolgen.“
2. Als Absatz 2 in § 115 einzufügen: „Durch parlamentarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes kann für alle Gewerbetreibende gewisse Arten derselben festgesetzt werden: 1. daß Lohn- und Abschlagszahlungen in festen Fristen erfolgen müssen, welche nicht länger als einen Monat und nicht länger als eine Woche sein dürfen; 2. daß der von minderjährigen Arbeitern verdiente Lohn an die Eltern oder Vormünder und nur mit deren schriftlicher Zustimmung oder nach deren Be-

